

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

16.2.1924 (No. 40)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Lieferungen tarifierter Arbeit, die als Restentgelt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Vertretung und Kontoführung fallen der Abzahler fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telegraphischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil

Baufostenbeihilfe zur Fertigstellung begonnener Wohnungen

Die Entscheidung der Reichsregierung über die Förderung der Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1924 hat sich wiederholt wiederholt verzögert. Um nun auch im Falle weiterer Sinauschiebung der Entscheidung die fast wäglich ruhende Wohnungsbautätigkeit alsbald einigermaßen beleben und wenigstens die Fertigstellung der im Bau befindlichen, mangels weiterer Mittel stillgelegten Häuser ermöglichen zu können, hat das Staatsministerium auf Antrag des Arbeitsministeriums einen Administrativkredit von 1 Million Goldmark bewilligt. Aus diesem Betrag sollen Beihilfen gewährt werden für Wohnungsbauten, die im Bau begriffen, aber noch nicht fertiggestellt sind und ohne öffentliche Beihilfe auch nicht vollendet werden können. Voraussetzung ist, daß für den betreffenden Bau bereits früher ein Baudarlehen bewilligt wurde. Die Bewilligung der Beihilfe erfolgt unter den bekannten Bedingungen; insbesondere ist sie durch Eintragung einer wertbeständigen (Feingold-)Hypothek im Grundbuch zu sichern. Anträge auf Bewilligung der Beihilfen müssen ungesäumt durch Vermittlung des Bürgermeisters beim Bezirksamt — in den Städten beim Oberbürgermeister — eingereicht werden. Die den Anträgen beizufügenden Berechnungen sind nach näherer Weisung der genannten Behörden in Goldmark aufzustellen.

Die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft

Dr. E. Schenk-Karlsruhe

Die erste Wirtschaftswoche der deutschen Landwirtschaft hatten wir bereits in unserer „Wirtschaftlichen Umschau“ vor 8 Tagen behandelt. Im Nachstehenden bringen wir einen Beitrag eines landwirtschaftlichen Sachverständigen zu diesem Thema, der beachtliches Zahlenmaterial anführt:

Es ist noch gar nicht lange her — es ist im Hochsommer des letzten Jahres gewesen — da war mindestens die ganze nicht landwirtschaftliche Bevölkerung der festen Überzeugung, daß die Lage der Landwirtschaft einfach glänzend sei. Es war dieses die Zeit, wo direkt fagenhafte Gerüchte umliefen über die ungeheueren Papiergeldmengen, die in Kisten und Kästen der Bauern aufgehäuft seien, wo es hieß, die Landwirtschaft ertrinke in der Papiergeldflut usw. usw. Ja, es gab damals sicher auch eine ganze Reihe Landwirte, die sich durch die vielfältigen Zahlen täuschen ließen, die auch glaubten, sie seien noch nie so reich gewesen wie damals! Nun, dieser Kauf dürfte heute gründlich verfliegen sein! Kaum hatte sich die ganze Wirtschaft auf Gold umgestellt, da fiel es jedem wie Schuppen von den Augen, da sah auf einmal jeder, wie geradezu bettelarm er sich während der Inflationszeit gearbeitet hatte.

Heute befindet sich die ganze deutsche Landwirtschaft — in Übereinstimmung übrigens mit der ganzen Welt — in einer der schwersten Agrarkrisen, die sie je durchgemacht hat! Einfältige Kreise der Landwirtschaft haben ja schwere Zeiten kommen sehen; sie ließen sich auch nicht durch noch so hohe Papiergeldsummen darüber hinweg täuschen, daß jahrelang Raubbau getrieben wurde, daß das die Ende eines Tages mit Naturnotwendigkeit kommen müsse.

Wenn auch der Landwirt mit geradezu nimmermüdem Arbeitseifer und vorbildlicher Pflichttreue sofort nach Kriegsende an die Bearbeitung seiner Scholle herangetreten ist, so konnte er die Folgen des Krieges doch nicht völlig ungeschehen machen.

Die Schädigungen, die die deutsche Landwirtschaft infolge nicht mehr gründlicher Bodenbearbeitung, nicht mehr genügender Düngung des Bodens, nicht mehr hinreichender Ernährung des lebenden und nicht mehr rechtzeitiger Ergänzung des toten und Gebäude-Inventars erlitt, schätzte eine Denkschrift des Reichsernährungsministers im Frühjahr 1919 auf rund 80 Milliarden Mark (nach dem damaligen Geldwert).

Nach einer Denkschrift des preußischen Landwirtschaftsministers vom gleichen Jahr waren die Erträge im Jahre 1919 gegen 1913 zurückgegangen:

für Brotgetreide um 35 Proz., für Futtergetreide um 33 Proz., für Kartoffeln um 46,7 Proz., für Zuckerrüben sogar um 59,4 Prozent.

Die blutigen Verluste der deutschen Landwirtschaft betragen 1,33 Millionen Mann, das sind zirka 13,4 Proz. der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte.

In Ackerländereien mußten zirka 15,4 Proz. der Gesamtfläche an den Feindbund abgetreten werden, dazu an lebendem Inventar 101 300 Pferde, 175 066 Rinder, 222 589 Schafe, 21 441 Ziegen, 245 700 Geflügel, an totem Inventar zirka 25 000 landwirtschaftliche Maschinen, alles selbstverständlich von besser, ausereifener Beschaffenheit!

Trotz dieser außerordentlichen Belastungen waren aber die eigentlich während der ganzen Kriegs- und Nachkriegszeit viel zu niederen landwirtschaftlichen Produktpreise erträglich, weil während dieser Zeit auch eine Reihe günstiger Momente für die Landwirtschaft bestanden.

Durch die Geldentwertung erfolgte für die Landwirtschaft zweifellos eine starke Entschuldung, der ganze Nettoertrag, der früher zu durchschnittlich der Hälfte an die Hypothekengläubiger ging — betrug doch die hypothekarische Belastung vor dem Kriege mindestens zirka 15 Milliarden Goldmark — floß jetzt fast restlos in die Tasche des Landwirts.

Dann war eine lange Zeit das Preisverhältnis zwischen landwirtschaftlichen Produkten und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln für den Landwirt sehr günstig! Der damals besonders noch mit Kredit arbeitete, mit Kredit Waren wie Dünger, Maschinen usw. kaufte und dann mit seinen später verkauften Produkten bezahlte, der erhielt diese Waren eigentlich geschenkt!

Im Frieden erhielt der Bauer z. B. für einen Zentner Roggen zirka 6,5 Kilogramm Stickstoff im schwefelurem Ammoniak, am 1. Mai 1922 10 Kilogramm, am 1. November 1922 sogar 19 Kilogramm.

An Kali erhielt er für einen Zentner Roggen 2,6 Ztr. 40prozentiges Kalidüngersalz, am 1. Mai 1922 3,65 Ztr. und am 1. November 1922 14,4 Ztr. Günstig waren lange Zeit auch die Lohnverhältnisse; wie überall so arbeiteten auch die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer weit, weit billiger als im Frieden.

Große Vorteile hatte der Landwirt infolge der Geldentwertung auch bei seiner Steuerzahlung.

Alle diese für den Landwirt günstigen Momente änderten sich aber im Laufe des Jahres 1923 und zwar restlos!

Ganz sprunghaft stiegen die Preise auf einmal aber auch sämtliche landwirtschaftlichen Bedarfsgegenstände nicht nur der Geldentwertung an, sondern sprangen sogar über den Friedenspreis hinaus.

Maschinen und Geräte konnten auf einmal nur noch zum 2- bis 3fachen Friedenspreis erstanden werden. Der Phosphat-Dünger stieg auf das Doppelte, das Thomasmehl kostete 50 Proz. mehr als im Frieden. Kohle, Eisen, Holz wurden unerschwinglich.

Der Staat steigerte seine Forderungen auf über das Doppelte der Vorkriegszeit.

Auch der landwirtschaftliche Arbeitnehmer paßte seinen Lohn in jähem Lohnkampf der Geldentwertung an.

Dem sah den Boden schlugen aber die Steuern aus! Auf einmal wurden der Landwirtschaft Steuern aufgeladen, die selbst im Frieden unter normalen Verhältnissen unerträglich gewesen wären. Dr. Schacht befristete dieser Lage die steuerliche Belastung der Landwirtschaft auf zwei Drittel des Ertrages! Unter dieser Steuerlast leidet aber gerade die badische Landwirtschaft so außerordentlich, weil die meisten Steuern auf den Beibrbeitssteuerverwerten basieren, diese Steuerwerte aber in Baden das 3- und 4fache der Werte im übrigen Deutschland, besonders der norddeutschen Landwirtschaft, sind; dieses gibt heute sogar die Steuerbehörde zu und verspricht wenigstens für die neuen Steuern eine Korrektur.

Die badische Landwirtschaft leidet ferner bei ihrem großen Saatgut- und Düngerbedarf aus Norddeutschland infolge ihrer peripheren Lage ganz besonders unter den hohen Eisenbahnfrachtpreisen.

Jetzt merkte man auch auf einmal mit Schrecken, daß die landwirtschaftlichen Produkte immer schon zu niedrig waren, daß es jetzt einfach eine Unmöglichkeit war, mit ihren Erlösen die riesenhafte gestiegenen Ausgaben zu zahlen!

Nur ganz kurze Zeit, lediglich im November 1923 stieg das Getreide und vor allem auch das Vieh auf über Friedensparität. Schon im Dezember aber änderte sich dieses Bild und seit dieser Zeit sanken die landwirtschaftlichen Produktpreise immer weiter und weiter. Heute haben wir ein Mißverhältnis zwischen den landwirtschaftlichen Produktpreisen und den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, das die Landwirtschaft, wenn nicht alsbald irgend eine Wendung zum Besseren kommt, einfach zur Verarmung bringen muß!

Nachfolgend aufgeführte Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte und der wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel zeigen wohl am besten diese unerträgliche Lage:

Landwirtschaftliche Erzeugnisse
je 100 kg

	Getreide		Rauhfutter		Hochwertige Futtermittel	Fleisch (1 kg Lebendgewicht)	Milchprodukte	
	Weizen	Hafer	Heu	Stroh			Milch	Butter
Stand Juli 1914	21,50	18,675	4,5-6	3,5-4	6-8	1,00	1,06	0,15
Stand Anfang Febr. 1924	18,125	13,75	7	4	6	0,64	1,20	0,22

Landwirtschaftliche Betriebsmittel

Stundenlöhne f. über 21 Jahre alte männliche Arbeitskräfte	Landw. Maschinen	Landw. Geräte	Düngemittel	Eisen	Frachten			
						Sä. masch.	Kultivator	Pflug
Juli 1914:								
20-25 Pf.	400	50	60	1,80	1,30	0,32	110	0,56
Anfang Febr. 1924:								
22-31 Pf.	450	70	60	3,20	1,15	0,55	140	1,02

Die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse stehen somit unter dem Friedenspreis: Getreide, Kartoffeln, Rindfleisch. Den Friedenspreis hat etwa Stroh erreicht. Über dem Friedenspreis stehen Heu, Schweinefleisch, Milch.

Die landwirtschaftlichen Betriebsmittel stehen mit einer einzigen Ausnahme über dem Friedenspreis. Nur Ammoniak ist billiger und der Pflug hat den gleichen Preis.

Hierbei ist aber zu beachten, daß die Preisentwertung der Bedarfsgegenstände erst in allerletester Zeit eingetreten ist, die niederen Preise der landwirtschaftlichen Produkte, auf Gold umgerechnet, aber während der ganzen Kriegs- und Nachkriegszeit bestanden! Im Dezember, Januar und Februar 1923 kostete z. B. ein Doppelzentner Kartoffeln in Berlin 50 Pf.!

Die rasende Geldentwertung, die der Bauer aus leicht begreiflichen Gründen viel schwerer paralisieren konnte als der Städter, entwertete diese bescheidenen Preise oft noch restlos!

Bei den oben mitgeteilten Preisen ist ferner zu beachten, daß sie die noch verhältnismäßig hohen Preise der Mannheimer Produktenbörse und der Schlahtbörsen sind! Der Bauer erhält natürlich diese Preise bei weitem nicht! Er muß heute seine Produkte, vor allem sein Vieh einfach verschleudern, nur um seiner Steuerpflicht genügen zu können!

Das schlimmste Übel aber ist die Kreditnot! In den allermeisten Fällen wird der Landwirt heute überhaupt keinen Kredit erhalten. Erhält er ihn aber, so muß er Zinsen zahlen, die für die Landwirtschaft schlechterdings nicht tragbar sind! Heute fehlt der ganzen deutschen Landwirtschaft, vor allem dem in Baden herrschenden Kleinbetrieb das nötige Geld nur zur Bezahlung seines Kunstdüngers und seines Saatgutes!

Daß unter all diesen Umständen die Reinerträge der Landwirtschaft einfach trostlos sind, kann da weiter einen nicht wunder nehmen! Nach dem statistischen Material, das der ententistischen Sachverständigenkommission dieser Tage vorgelegt wurde, sind die Reinerträge der deutschen Landwirtschaft auf Grund einwandfreier Buchführung durchschnittlich auf 26 Prozent des Vorkriegsstandes gesunken.

Zum Hitlerprozess

entnehmen wir einem Artikel des Münchner Berichtshalters der „Böf. Ztg.“, Dr. Richard Gulbschiner, folgende Mitteilungen:

Am 26. Februar soll in München die Gerichtsverhandlung gegen die neun Führer des Novemberputsches beginnen, von denen nur Ludendorff auf freiem Fuß war, während die anderen in Untersuchung oder Strafhaft saßen. Der Staatsgerichtshof, vor dessen Forum die Sache gebührt, hatte den selbstverständlichen Anspruch erhoben, über die Angeklagten zu urteilen. Das Reich hatte jedoch, um nicht unnötige Konflikte heraufzubeschwören, Bayern gewähren lassen.

Die Voruntersuchung ergab, daß die Verhandlung einen gewaltigen Umfang annehmen mußte, und obgleich der Putsch selbst und die nebenherlaufenden Verbrechen — willkürliche Verhaftungen, Zerstörung der Räume der „Münchener Post“, Geldbetrübungen u. s. w. — im Grunde genommen eine Kleinigkeit darstellen und nur im Zusammenhang gewertet werden können, entschied sich die Justizbehörde für Trennung in eine Haupt- und einige Nebenverhandlungen, denen je ein bestimmter Tatkomplex zugrunde gelegt werden soll.

Urteilendes Gericht ist das Volksgericht, das in München ein besonderes Ansehen genießt, weil es, aus wenigen Mitgliedern bestehend, ein kurzes, volkstümliches Verfahren zu betreiben pflegt. Drei Richtern, von denen der eine die Verhandlung leitet, der andere das Recht hat, jederzeit einzugreifen, und für die Urteilsbegründung verantwortlich ist, stehen zwei Laienbeisitzer zur Seite. Ein Erbsmann, gleichfalls Laie, hat — ohne das Recht mitzusprechen — der ganzen Verhandlung beizuwohnen, um gegebenenfalls sofort einspringen zu können. Die Anklage begründet der Staatsanwalt.

Zu verantworten haben sich zunächst die neun Führer: Adolf Hitler, der „politische Leiter“ des Putsches, der an jenem 8. November im Bürgerbräukeller, als er den Herrn v. Raab von der Rednertribüne verdrängt hatte, sich selbst zum politischen Oberhaupt der neuen von ihm zu schaffenden nationalen Regierung vorgeschlagen hatte. Seit fünf Jahren war Hitler die Hauptursache der immerwährenden Erregung, die das politische Leben Münchens vergiftete. Er hatte mit großen Versprechungen und dem Gelübde, zu siegen oder zu sterben, nicht geizigt, so daß seine Loh- und mühselige Flucht nach den ersten Schüssen und die Art, wie er sich ein paar Tage nach den Ereignissen in der Hansbäumerschen Villa in Uffing am Staffelsee verhalten ließ, einigermassen erschauend wirken mußte. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch der pathologische Einschlag seinem Wesen nicht ganz mangelt, der ihn in der ersten Zeit seiner Internierung einen bescheidenen und bald aufgegebenen Versuch des Hungertreits inszenieren ließ. Tatsächlich hat seine Volkstümlichkeit auch durch das Mißlingen der Unternehmung bei den Wahlen, die nicht alle werden, nicht gelitten, sondern fast zugenommen. Verge von Geschenken aller Art gingen in der Gast in Landsberg bei ihm ein, so daß z. B. die darunter befindlichen Lebensmittel, um sie vor dem Verderben zu bewahren, unter die Armen verteilt werden mußten. Die Untersuchungshaft hat ihn nicht gebrochen; es wird berichtet, daß er ein heiteres, zufriedenes — das ist für den, der sein Auftreten in München verfolgen konnte, am verwunderlichsten — bescheidenes Wesen zur Schau trage, das, aus den Quellen eines dunklen und unterbewußten Mystizismus genährt, sensationelle Wendungen der Verhandlung und einen Rollenwechsel erwartet, etwa so, daß der Angeklagte zum Ankläger werden müsse.

Neben ihm ist unter den des „vollendeten Hochverrats“, Bezeichnung, der, interessanterweise, wohl Ludendorff, der sich im Bürgerbräukeller, „ergriffen von der Größe des Augenblicks und überrascht“, der deutschen Nationalregierung zur Verfügung gestellt hat. Bis dahin war seine Haltung so vorförmlich gewesen, daß die nun gegen ihn erhobene Anklage, nach der Schwere der Belastungsmomente abgemesselt, wahrscheinlich erst an letzter Stelle kommt. Nach der Schikerei in der Residenzstraße hatte er sich sofort verhaften lassen, war aber gegen Abgabe des Ehrenwortes, seinen Wohnsitz nicht zu wechseln, auf freiem Fuß belassen worden. Die Verhandlung gegen ihn wird immer dadurch beeinflusst sein, daß er der deutsche Heerführer des großen Krieges war. Aber auch das wird nicht vergessen werden können, daß seine dunkle politische Arbeit überall da zu finden war, wo gegen die Republik geschürt wurde.

Außerdem stehen vor den Gerichtstribünen: der Oberlandesgerichtsrat Boehner, damals die rechte Hand des Herrn v. Raab, als der Kapp-Putsch das Reich auf das schwerste erschütterte. Von ihm wurde jetzt im Landtag mitgeteilt, daß er zum Untersuchungsrichter gesagt hat: „Da ich habe Hochverrat begangen, aber ebenso wie Raab, Löffow und Seißer. Weitere Angaben mache ich nicht, denn in sechs Monaten sind wir doch so weit, wie wir wollen.“ Weiter der Oberamtmann Feid, der unter dem Polizeipräsidenten Boehner die politische Polizei zu leiten, am Abend des 8. November aber den ihm obliegenden polizeilichen Sicherheitsdienst so gehandhabt hatte, daß trotz Vereinfachung ausreichender Mannschaften in der Nähe des Bürgerbräukellers die Ubertreibung zunächst hätte gelingen können. Dann Hauptmann Wilm und der Tierarzt Dr. Christian Weber, die Leiter des Bundes „Reichskriegsflagge“ und „Oberland“, die mit den Nationalsozialisten im Kampfbund vereinigt waren, der Oberleutnant a. D., stud. jur. Wilhelm Brückner, Hilfers „Regimentskommandant“, der Oberleutnant Kriebel, der militärische Leiter des ganzen Unternehmens, und schließlich der Leutnant Robert Wagner, der versucht hatte, die unterdessen nach Norddeutschland verlegte Infanterieschule zu gewinnen.

Den Vorsitz wird der Landgerichtsdirektor Reichardt führen, der nämlich konsiliante, klare, niemals nervös werdende Richter, der auch die Hauptverhandlung im Fuchs-Markaus-Prozess geleitet hatte. Zur Seite steht ihm der Oberlandesgerichtsrat Simmerding. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Stenglein.

Der aufgebotene Zeugenapparat ist sehr groß. Das Hauptinteresse aber wird sich den Aussagen der Zeugen Raab, Löffow und Seißer zuwenden. Ob es zur Vernehmung aller Zeugen — es sind über 200 — kommen wird, ist um so fraglicher, als, wie es scheint, die Angeklagten sich entschlossen haben, nichts zu leugnen und den Beweis zu versuchen, daß die besonderen Umstände dazu angetan waren, sie in dem Glauben zu bestärken, daß auf der ganzen Linie Einigkeit über den einzuschlagenden Weg bestand. Die Rolle der Brigade des Kapitäns Ehrhardt, der nach dem Putsch namentlich in der Unübersicht als Schildhalter Raabs auftrat, wird dabei wohl auch näher beleuchtet werden müssen.

Ort der Verhandlung ist München. Man hatte bekanntlich zuerst an Landsberg am Lech gedacht, wo Hitler und ein Teil seiner Genossen in Untersuchungshaft saßen, weil die Überfälligkeit des kleinen Ortes die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eher zu befürchten schien. Man ist davon abgekommen. Die Prozessleitung ist der Ansicht, daß die ihr zu Gebote stehenden Nachmittel vollaus genügen, auch in München die ruhige Durchführung der Verhandlung zu gewährleisten.

Die Lage in der Pfalz

Ein Abkommen der Sonderkommission mit dem Kreisaußschuß

Der „Frankf. Ztg.“ zufolge hat der von der Rheinlandkommission entsandte französisch-englische Untersuchungsausschuß am Freitag einstimmig eine Vereinbarung getroffen, der die Vertreter der Pfälzer Bevölkerung zugestimmt haben. Diese Vereinbarung enthält zwei Punkte:

1. Die von den Separatisten ausgewiesenen Beamten dürfen wieder nach der Pfalz zurückkehren.
2. Bis zur Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Regierungsgewalt wird der Kreisaußschuß an der Herstellung von Ruhe und Ordnung mitarbeiten.

Der Kreisaußschuß selbst, der ständige Ausschuß des Kreistages, war sich darüber einig, daß er einem Ansturm, formell die Regierungsgewalt der Pfalz zu übernehmen, nicht zustimmen könne, da dies eine Verfassungsverletzung wäre. Insbesondere lehnte er auch die französische Zumutung ab, bei der Auswahl derjenigen von der Rheinlandkommission ausgewiesenen Beamten mitzuwirken, denen die Rückkehr zu gestatten sei. Die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung vertreten den Standpunkt, daß sämtliche bayerischen Beamten, die General de Meß entfernt hat, das ungeschwächte Vertrauen der Pfälzer genießen, und daß ihre ununterschiedliche Wiederzulassung gefordert werden muß. Dann erst wird die ordnungsmäßige Regierungsgewalt wiederhergestellt sein, und seine Mitwirkung bis dahin fehlt der Kreisaußschuß im wesentlichen als eine Vermittlungsstätigkeit auf.

Die getroffene Vereinbarung wird jetzt zunächst der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz zur Genehmigung unterbreitet werden. In stillschweigender Übereinkunft steht die Abmachung nichts über das Schicksal der Separatisten vor. Bei der Aussprache mit dem Koblenzer Unteraußschuß wurde eine von pfälzischer Seite gestellte Frage, ob die Separatisten nunmehr entlassen werden, mit Stillschweigen übergegangen. Die Vertreter der Bevölkerung sehen darin eine unentbehrliche Voraussetzung des getroffenen Abkommens, an deren Erfüllung nicht gezweifelt zu werden braucht.

Die Separatisten

Nachdem die Separatisten eine Reihe von pfälzischen Orten teils freiwillig, teils gezwungen geräumt haben, sind dort wieder die rechtmäßigen Behörden zurückgekehrt. So ist in Landau schon Mittwochabend das Bezirksamt und Donnerstag früh das Finanzamt von den deutschen Beamten wieder in Besitz genommen worden, desgleichen in Kusel das Finanzamt und in Waldmors die Bezirksamtsstelle. Weiter ist von den Separatisten das Bezirksamt in Landstuhl geräumt worden. Ein Teil der Bevölkerung zog unter Glockengeläute vor das Stadthaus und holte die separatistische Fahne herunter und hängte eine Fahne in den bayerischen Farben. Sodann wurde die Fahne im Bezirksamtsgebäude ebenfalls heruntergenommen. Im Finanzamt und der Bezirksamtsaußenstelle sind die deutschen Beamten wieder eingesetzt.

Die Separatisten gehen übrigens weiterhin den Schuß der Franzosen. In Rodenhäuser haben sie sich von der Bevölkerung an sie gerichtete Ultimatum auf Abzug abgelehnt. Der separatistische „Bezirksamtmann“ Spratt erklärte, er bleibe in Rodenhäuser, bis er von seiner Regierung abgeholt werde. Außerdem habe er von dem französischen Bezirksbelegierten die Weisung erhalten zu bleiben. In Bergabern wollte am Donnerstag die Bevölkerung die Separatisten mit Gewalt aus dem Bezirksamtsgebäude vertreiben, doch griffen die Franzosen ein und trieben die Leute aus dem Gebäude. Nachmittags traf eine Abteilung französischer Militärs, etwa 50 Spahis, zum Schutz der Separatisten ein. In Kirchheimbolanden dauert der Separatisterror fort. Am Donnerstag erschienen bei einem Auto- und Fahrradhandlanger Separatisten und beschlagnahmten zwei Fahrräder, weil sich der Geschäftsmann gemweigert habe, die nach einer separatistischen „Verordnung“ erforderlichen Nummernschilder für Autos und Räder bei der Autonomen Regierung zu bestellen. Der rechtskundige Cabrat und Rechtsamtmann Decker wurde vor den separatistischen Akerbezirksamtmann geladen, wo man ihm mit Erbschreien drohte, wenn dem Akerbezirksamtmann etwas zustehen werde. Im Verlagsgebäude der „Pfälzer Zeitung“ in Speyer erschienen Donnerstag morgen eine Abteilung Separatisten unter Führung des „Pressechefs“ Schmitz-Epper und nahmen einige Teile der Druckmaschinen fort, um das Erscheinen des Blattes zu verhindern. Auch nahmen sie einen als Vertreter des vertriebenen Schriftleiters und Verlegers tätigen Studenten namens Kehler mit sich, den sie auch heute noch als Geiseln festhalten. Ein Blatt, das die Unterbindung der Herausgabe der Zeitung durch die Separatisten anzeigte, mußte auf Befehl der Separatisten entfernt werden.

Die Zahl der bei dem Muthad in Birmafens umgekommenen Personen dürfte sich auf 20 belaufen, darunter befinden sich 16 Separatisten und 4 Zivilpersonen. Ein Teil der noch anwesenden Separatisten wurde unter französischer Bedeckung mittels Auto aus der Stadt abtransportiert, ein weiterer Teil befindet sich noch in Birmafens im Polizeigewahrsam. Der Polizei ist die Verwahrung auferlegt worden. Seitens der Franzosen wurden den Polizeibeamten jedoch die Schutzwaffen abgenommen. Donnerstag nachmittag war General de Meß, sowie der Oberbefehlshaber der Rheinlandkommission, Tirard, in Birmafens. Die „Pfälzer Zeitung“ ist immer noch verboten. Ein Verleger der Birmafenser Zeitung wurde aus unbekanntem Gründen von den Franzosen verhaftet. Bei dem verhafteten Verleger wurde in seiner Wohnung eine Durchsuchung vorgenommen, welche jedoch ergebnislos verlief. Der Chefredakteur und Verlagsdirektor, der bereit ist, wird von den Franzosen gesucht. In der Stadt herrscht Ruhe.

Seit Donnerstag befindet sich, laut „Neue Pfälz. Landesztg.“, der päpstliche Delegat, Monsignore Testa, in der Pfalz. Sein Besuch galt am Donnerstag dem Bischof von Speyer.

Eine englische Stimme

Die „Times“ mißbilligt in einem Leitartikel zwar die Geschichtnisse in Birmafens, betont aber gleichzeitig, daß, nachdem einmal die französische Unterstützung zurückgezogen war, den Separatisten nicht hätte gestattet werden dürfen, auch nur einen Augenblick zu bleiben. Alle Separatisten müßten sofort weggeschafft werden. Die Vorgänge in Birmafens hätten endgültig die Überzeugung erwiesen, daß der wirkungsvolle Weg, um Unruhen im Rheinland zu probieren, der sei, die Laten der gebundenen Separatisten zu ermutigen oder auch nur zu dulden, die während der letzten Monate so furchtbares Elend über die Bevölkerung gebracht hätten.

Freier Verkehr im besetzten Gebiet. Die Rheinlandkommission teilt mit, daß die Verordnung 177 für alle besetzten Gebiete aufgehoben wird. Der Verkehr ist demnach innerhalb der besetzten Gebiete frei; ebenso ist die Ausfuhr von ausländischen oder inländischen Brennstoffen, Kohle, Koks oder Braunkohle, nach dem unbesetzten Deutschland und Holland gestattet. Die Einfuhr ausländischer Kohle bleibt jedoch weiterhin von der Einfuhrbewilligung abhängig.

Politische Neuigkeiten

Die Pariser Sachverständigenverhandlungen

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird nach dem „Neuzeit Herald“ am Montag nach Paris kommen und mehrere Berichte mitbringen, die von der deutschen Regierung versprochen worden sind, aber bis zur Abreise der Sachverständigen noch nicht fertiggestellt waren. Sobald er den Ausschüssen die letzten Einzelheiten der deutschen Notenbank ausmündlich gesagt habe, würden die Sachverständigen mit der Aufstellung ihres Berichts für die Reparationskommission beginnen. Man nehme an, daß vorher noch Besprechungen des Komitees mit amtlichen Vertretern der französischen Regierung und französischen Oberkommissar Tirard stattfinden, um Aufklärung über das Besetzungsregime im Ruhrgebiet und im Rheinlande und dessen Wirkungen auf die französische Wirtschaft als Ganzes zu erlangen. Auf alle Fälle aber würde das Komitee sich bemühen, seinen Bericht bis zum 1. März fertig zu stellen.

Die Finanzgebärde des Reichs

Die Übersicht über die Finanzgebärde des Reichs in der ersten Februarhälfte zeigt folgendes Bild (in Trillionen Mark): 1. die Eingabungen: aus Steuern, Zölle und Gebühren 72,40, aus dem Verkauf von Goldanleihen 0,04, aus verschiedenen Verwaltungseinnahmen 7,14, Summe der Eingabungen: 79,58. 2. die Ausgabungen: für die allgemeine Reichsverwaltung 113,49, mithin Zufußbedarf 33,91. Die Einnahmen aus der Begebung von Rentenmarktschuldscheinen, die nur als Betriebsmittelfonds, nicht zur endgültigen Deckung der laufenden Ausgaben dienen, betragen in der Berichtshälfte 47,65 Trillionen Mark; die Gesamteinnahmen aus der Begebung solcher Schuldscheine seit dem Beginn ihrer Ausgaben stehen damit auf 207,78 Trillionen Mark.

In den Erläuterungen zu der Übersicht heißt es: „In den Zeitabschnitt vom 1. bis 10. Februar 1924 fallen acht Zahlungen. In diesen acht Tagen betragen die Ablieferungen 79,6 die Ausgabungen 113,5, mithin der Zufußbedarf 33,9 Trillionen Papiermark. Der Gesamtzuzufußbedarf des Reichs seit 18. November 1923 erhöht sich damit auf 662,8 Trillionen Mark. Die Eingabungen sind gegenüber der Vorperiode um rund 110 Millionen Goldmark zurückgeblieben, was darauf zurückzuführen ist, daß in der Zeit vom 1. bis 10. Februar keine größere Steuerzahlungen fällig waren. Andererseits sind auch die Ausgaben von 199 Millionen Goldmark in der Vorperiode auf 113 Millionen Goldmark zurückgegangen und bleiben damit unter dem Durchschnitt der drei Januarperioden.“

Der Reichstag

wird am Mittwoch den 20. Februar seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen. Es steht noch nicht fest, zu welchem Zeitpunkt eine Erklärung der Reichsregierung über die politische Lage erfolgt und damit eine große politische Debatte eingeleitet wird. Vorläufig darf als sicher gelten, daß sich unter den ersten Gegenständen, die im Plenum zur Verhandlung kommen, die Interpellation der einzelnen Parteien über die Vorgänge in der Pfalz befinden. Über das Schicksal der Vorlage über die Reform des Reichstagswahlrechts werden die einzelnen Fraktionen erst noch beraten. In Reichstagskreisen rechnet man nämlich damit, daß die Durchberatung des Entwurfs etwa drei Wochen in Anspruch nehmen würde. Im Reichstag würde an eine Verabschiedung vor den Osterferien denn wahrscheinlich nicht zu denken sein.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

Der Reichswirtschaftsminister sprach im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichstags über die geplante Aufhebung der Einfuhrverbote.

Er begründete ihre Notwendigkeit von zwei Gesichtspunkten aus. Einmal werden damit unsere Inlandswirtschaft wieder frische Impulse gegeben und gegenüber dem gesunkenen Konsumvermögen Deutschlands habe man allen Anlaß, die Preise zu senken, soweit es sich mit der Aufrechterhaltung der Produktion nur irgendwie vereinigen lasse. Dabei müsse man mit der harten Tatsache rechnen, daß es auf diesem Schlachtfeld nicht ohne Tote und Verwundete abgehen könne. Der zweite Gesichtspunkt sei der notwendige Anstoß an den Weltmarkt, um aus der Gefahr einer wirtschaftspolitischen Balkanisierung Europas herauszukommen. So erfreulich die Tatsache der Weltweitbegegnung in dem Handelsvertrag mit Amerika und die grundsätzliche Einseitigkeit, die das englische Volk bei den letzten Wahlen bewiesen habe, so gehe doch durch die weitesten Teile der Erde ein Drang nach nationaler wirtschaftlicher Abgeschlossenheit.

Deutschland aber müsse, da es jetzt eine große Bevölkerung auf geschwächertem Boden bei schwerstem Verlaufs an Rohstoffgebieten, an Vermögen im In- und Auslande zu ernähren habe, eine gezielte Ausfuhr anstreben. Man könne aber nicht grundlos Ausfuhr fordern und Einfuhr sperren. Deswegen müsse Deutschland von dem System der Einfuhrverbote, das von Anfang an nur als zeitliche Maßnahme gedacht war, zum System des Zollfreies übergehen. Das würde nicht mit einem Male und nicht bedingungslos geschehen können, sondern in der Erwartung, daß auch in anderen Ländern nun Verbote aufgehoben werden, wenn Deutschland von dort auch andere als lebensnotwendige Waren bezieht. Eine der schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik aber liege in einer möglichst produktiven, aber auch höchst bescheidenen Kreditregelung. Die letzten Tage der Zerplitterung der deutschen Währung hätten gezeigt, wie große Verluste notwendig seien. So sei die Gründung der Rentenmark in den Grundlagen der deutschen Wirtschaft und so fest der Aufschwung der Reichsregierung sei, sie unbedingt zu halten, müsse man sich doch darüber klar sein, daß die Rentenmark nicht erarbeitetes Gold darstelle, sondern lediglich den Impuls und die Möglichkeit für das, was an Kredit in die Wirtschaft einströmt, möglichst schnell Werte zu schaffen. Dann wandle sich der Minister gegen die zu hohen Zinssätze der Rentenmarkkredite. Wenn von der Reichsbank solche Kredite zu 10 Prozent an die Banken gegeben werden, die aber in der Weitergabe auf 20 bis 24 Prozent und noch mehr gesteigert werden, so stehe dies im Mißverhältnis zur Leistung. Denn wenn auch das Bankgewerbe sehr schwere Tage hinter sich habe, so zelte es jetzt, gewisse Verluste hinter sich zu lassen und in der Gegenwart für die Zukunft weiter zu arbeiten, vor allem auf der durch die wirklich stabile Währung geschaffenen neuen Grundlage, die Sparsamkeit mit allem Nachdruck anzulegen und zu fördern. Dafür sei ein günstiger Kreditzins von ausschlaggebender Bedeutung und allein in der Lage, die wirtschaftlichen Schäden eines hohen Zinssinnes einigermaßen auszugleichen.

Auf verschiedene Bedenken, die in der Debatte erhoben wurden, erwiderte der Minister, daß bisher im wesentlichen nur die Waren freigegeben wurden, über deren Einfuhrfreiheit eine besondere Meinungsverschiedenheit nicht bestehen konnte. Als ein wesentliches Ergebnis der Erörterung stellte er mit Bestimmtheit fest, daß über die Notwendigkeit einer eigenen deutschen Landwirtschaft eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit nicht bestehe. Die Reichsregierung und die Reichsbank bemühen sich, der Landwirtschaft über diese schwere Zeit durch Kredite hinwegzuhelfen. So notwendig eine Befreiung der Gehaltslage der Beamten sei, so dürfe man keinesfalls eine

Scheinbesserung anstreben, die nur zu neuer Inflation führe, denn diese würde nur gerade die anscheinend benutzten Gehälter wieder aufs allerhöchste treffen.

Die Wahlen in Thüringen

Das nun vorliegende amtliche Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen weist eine Gesamtzahl von 879 897 abgegebenen Stimmen bei 985 607 Wahlberechtigten auf. Die bereits gemeldete Zahl der Abgeordneten hat dadurch keine weitere Veränderung erfahren. Es bleibt bei 17 Sozialdemokraten, 18 Kommunisten, 7 deutschvölkischen und 35 Abgeordneten des Ordnungsbundes. Die Mitglieder der letzten sozialistischen-kommunistischen Regierung lehnen sämtliche als Abgeordnete wieder in den Landtag zurück. Die erste Landtagsitzung nach Abschluß der Wahlen wird am 21. Februar zusammentreten.

Die stärkste Partei ist trotz aller Verschiebungen im Wahlergebnis die S.P.D. geblieben. An zweiter Stelle kommt der Landbund mit 15 Sitzen einschließlich der Hospitanten. Die deutschvölkischen und nationalsozialistischen Abgeordneten haben sich zu einer Fraktion, einen völkisch-sozialen Block zusammengeschlossen. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde der bekannte Schriftsteller Dr. Arthur Dinter gewählt. Die Bereitschaft dieser Fraktion zur Bildung eines Regierungsblochs zusammen mit der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei ist noch keineswegs gesichert.

Badischer Teil

Der Landtag in Basel

Am gestrigen Freitag stellten die Mitglieder des badischen Landtages der Hans Thoma-Ausstellung in Basel einen mehrstündigen Besuch ab. Auch die badische Regierung nahm daran teil. Sämtliche Minister, an der Spitze der Staatspräsident Köhler und die Staatsräte Marum und Weisshaupt waren erschienen; Kultusminister Dr. Hellpach war beruflich verhindert. Alle Fraktionen des Landtages, zusammen etwa 70 Abgeordnete, waren vertreten.

Am badischen Bahnhof in Basel, wofolbst man um 1/2 Uhr mittags eintraf, hatten sich zur Begrüßung u. a. eingefunden der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, der frühere badische Finanzminister, jetzige Generalkonsul Heinbold in Zürich, der Generalkonsul in Basel Dr. Weisshaupt, die Spitzen der Reichseisenbahnorgane in Basel, die Vertreter der Zollbehörden, der schweizerischen Grenzpolizei, der deutschen Kolonie in Basel und des Basler Kunstvereins in der Person seines Präsidenten Dr. Deri. Offizielle Ansprachen wurden nicht gehalten, auch nicht im Verlaufe des eigentlichen Besuchs. Zuvorgelassen verkehrten die Begrüßenden mit den badischen Gästen.

Das gesamte Interesse konzentrierte sich natürlich auf die Hans Thoma-Ausstellung in der Kunsthalle. Den einleitenden Vortrag zum Verständnis der genialen Werke des Altmeisters Thoma, des großen Sohnes des badischen Landes, hielt der Direktor der Kunsthalle von Karlsruhe, Prof. Dr. Stork, der auf die bekannte Tatsache hinwies, daß Hans Thoma auch einmal Mitglied des badischen Landtags gewesen sei, und zwar habe er der Ersten Kammer, wie sie bis zur Umwälzung des Jahres 1918 bestand, angehört und in Kunstfragen stets sein maßgebendes Urteil abgegeben. Dr. Stork analysierte dann das Wirken und Schaffen Thomass, seine badische Zeit, seine spätere Entwicklung, das allmählich erst sich erhellende Verständnis der Thoma'schen Art, die Natur, die Welt und die Dinge nach seiner Art auf die Leinwand zu bringen. Dem Basler Kunstverein dankte er für sein Entgegenkommen. In den einzelnen Bildern zeigte der Vortragende, wie Hans Thoma malte und was er dem Beschauer geben wollte. Recht innig erklärte hierauf der schon erwähnte Präsident des Kunstvereins, Dr. Deri, eigentlich seien die Basler die Gäste der Badenser, da ja ein badischer Meister in den Räumen der Kunsthalle zu den Baslern spräche.

Alsdann begann die Besichtigung der Bilder Thomass, die in drei Stockwerken untergebracht und vorzüglich plaziert waren, so daß sie durch das einfallende Licht voll zur Geltung kommen konnten. Eifrig drängten sich die Abgeordneten zu den Thoma'schen Schöpfungen, denn sie waren froh, es einmal nicht mit Gesetzbüchern, mit Paragraphen und Abstimmungen zu tun zu haben.

Auch sonst hatten sich aus badischen Städten Besucher, u. a. Schüler und Schülerinnen aus Rheinfelden und Mühlheim eingefunden. Mit Rücksicht auf den ungeheuren Andrang — am morgigen Sonntag bringen wieder Extragüge viele Hunderte von badischen Landeskindern nach Basel — ist denn auch die Ausstellung bis einschließlich 24. Februar verlängert worden.

Man darf wohl feststellen, daß noch selten ein Künstler mehr geehrt, erkannt und gefeiert worden ist, wie der einfache Bauernsohn aus Bernau im badischen Schwarzwald. Bei der Besichtigung der Ausstellung kam dies auch in Privatgesprächen der Abgeordneten zum Ausdruck, man war stolz darauf, daß Altmeister Hans Thoma unser ist.

Nach der Besichtigung lud die Basler Regierung zu einem einfachen Imbiß in das Restaurant der Ausstellung ein und hier wurde Übersprache gepflogen zwischen Schweizern und Deutschen über den Krieg, über die Nachkriegszeit, das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland und umgekehrt, die jetzige Not in Deutschland usw.

Bei vielen badischen Landtagsabgeordneten herrschte Befriedigung darüber, daß sie nach langen und zum Teil fürchtbaren 10 Jahren wieder einmal Schweizer Boden betreten konnten. Abends folgten dann die Mitglieder der badischen und der Basler Regierung einer Einladung des deutschen Konsuls zum Abendessen in sein gastliches Haus.

Da der letzte Schnellzug erst um 12 Uhr von Basel abgeht, fanden sich die badischen Gäste abends noch mit Mitgliedern der deutschen Kolonie im Schützenhaus zusammen und tauschten gegenseitig Meinungen und Erfahrungen über die Vergangenheit und Gegenwart aus.

Erwähnt muß noch werden der überaus herzliche Ton der Begrüßungsworte der maßgebenden Basler Zeitungen. In der „National-Zeitung“ waren Beiträge von dem Karlsruher Dichter Bierordt, dem Staatspräsidenten Dr. Köhler, dem Kultusminister Dr. Hellpach, dem Kunsthalldirektor Dr. Stork, eine handschriftliche Widmung einer Abhandlung von Hans Thoma über das Zeichnen usw. Kurz vor der Abreise nach Baden überreichte das gleiche Blatt den Abgeordneten fertige Exemplare seiner Abendausgabe, in welcher bereits eine photographische Aufnahme der Abgeordneten und der Mitglieder der badischen Regierung, welche mittags bei Ankunft des Zuges vor dem Badischen Bahnhof in Basel gemacht wurde, im Druckbild wiedergegeben war. Man staunte über die Schnelligkeit, mit welcher heutzutage auch in der Zeitungstechnik gearbeitet wird.

So hinterließ der Besuch des Landtages beiderseits die besten Eindrücke, er war gewiß in jeder Beziehung geeignet, das nachbarliche und gute Verhältnis zwischen der Schweiz und Baden zu fördern. Die unschätzbaren Dienste, welche einzelne schweizerische Städte und Gemeinden der badischen Bevölkerung zurzeit wieder erweisen, indem sie in den größeren Städten und kleineren Gemeinden Badens nahrhafte Speisungen von Rotleidenden vornehmen und auch sonst das deutsche Elend zu lindern suchen, wird unbergänglich bleiben. Das badische und das deutsche Volk wird stets in Dankbarkeit dieser schweizerischen Hilfsbereitschaft gedenken.

Die Basler Nationalzeitung hatte sich in ihrer schon erwähnten Abend- bzw. Samstag-Morgenausgabe über die Mitglieder der badischen Regierung und einzelne Mitglieder des Landtages unter der Spitzmarke: „Unsere Gäste“ wie folgt ausgesprochen:

Unter Basels Gästen fiel sofort die hohe Gestalt des badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler auf. Er bekleidet als Nachfolger des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Birtz — der nach der Staatsumwälzung von 1918 die Neuordnung der bad. Finanzen übernahm, bis er in die Reichsregierung berufen wurde — das Amt des badischen Finanzministers, zweifellos die undankbarste Aufgabe, die deutschen Staatsmännern heute gestellt ist. Finanzminister Köhler steht in der Mitte der vierzigerjahre, gehört dem Zentrum an, und ist aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen. Als früherer Chef des badischen Landesfinanzamtes ist er auch in Basel wohlbekannt, unterstand ihm doch die Oberaufsicht über die Zollorgane im Badischen Bahnhof in Basel. Wie trefflich sein Verhältnis zu dem Personal war, zeigte sich auch beim heutigen Empfang, bei dem wohl ein Dutzend deutsche Zollbeamte es sich nicht nehmen ließen, ihren früheren Chef persönlich zu begrüßen. Finanzminister Köhler, der bis November dieses Jahres die Würde des Staatspräsidenten bekleidete, gilt als Politiker von abgewogener Klugheit.

Auch Justizminister Traut, der im Anfang der fünfziger Jahre, ist Mitglied des Zentrums. Bevor er nach der Staatsumwälzung in die badische Regierung eintrat, war er einer der geachteten Rechtsanwälte Karlsruhes.

Das jüngste Mitglied der badischen Regierung ist mit 44 Jahren der Innenminister Remmel, der Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist. Er war während 15 Jahren Redakteur des sozialdemokratischen Parteiorgans in Mannheim und badischer Landtagsabgeordneter. Innenminister Remmel besitzt wohl den härtesten Kopf in der badischen Regierung. Da er für die innere Ordnung verantwortlich ist, hat er aber auch einen der schwierigsten Posten zu versehen, muß seinen Willen gegen links und rechts gleich unerbittlich durchsetzen. Große Verdienste hat er sich in den letzten Jahren um die Reorganisation der inneren Verwaltung erworben; er genießt deshalb auch das uneingeschränkte Vertrauen der Beamenschaft.

Arbeitsminister Dr. Engler ist als Sozialpolitiker auch im Ausland bekannt. Er steht im Anfang der fünfzigerjahre und betätigte sich namentlich auf kommunal-wirtschaftlichem Gebiete; sein großes Werk ist die Organisation der städtischen Dienste in Freiburg für das durch die Verleihung des Ehrendoktors besondere Anerkennung ernten durfte. Heute ist namentlich die Elektrizitätsversorgung des Landes Baden sein Spezialgebiet, auf dem er bereits schöne Erfolge erzielt hat.

Der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Hellpach konnte leider an der Basler Fahrt nicht teilnehmen. Er war bei der Eröffnung der Hans Thoma-Ausstellung in unserer Stadt und glaubte seinen Amtspflichten deshalb nicht fern bleiben zu können. Dr. Willly Hellpach, der in den vierzigerjahre steht, übte längere Zeit den Beruf eines Nervenarztes aus und bekleidet eine Professur für Psychologie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Er ist einer der berufensten Führer der badischen Demokraten, wohl der Feuergeist der badischen Regierung, ein Kopf voller Ideen; namentlich auch in der Jugend besitzt er starken Anhang.

Mit den Mitgliedern der Regierung trafen rund siebzig Abgeordnete des Badischen Landtages in Basel ein. Voran Landtagspräsident Dr. Baumgartner, welcher eine leitende Stelle im Kultus- und Unterrichtsministerium bekleidet und als Autorität speziell in Verfassungsfragen gilt. Ihm ist die bekannte Denkschrift über die Rechtsverhältnisse zwischen dem Reich und den Ländern zu danken. Erwähnen wir unter den Parlamentariern, die Basel besuchten, noch die Führer der Fraktionen des Landtages. Präsident der demokratischen Gruppe ist Dr. Glodner, der Vorsitzende der badischen Verwaltungsgewerkschaft, der im Anfang der Sechzigerjahre steht. Die Leitung des Zentrums ist Prälat Dr. Schärer anvertraut. Führer der Sozialdemokraten ist Staatsrat Marum, Rechtsanwalt in Karlsruhe. Diese drei Parteien bilden die Regierungskoalition, die über eine Zweidrittelmehrheit im Landtag verfügt. Trotz entgegenstehenden Weltanschauungen arbeitet die Koalition trefflich zusammen; ihre einigendes Band bildet eine ausgeprägte republikanische Überzeugung; denn in Baden ist auch das Zentrum — im Gegensatz zu einzelnen andern Ländern — durchaus links und demokratisch orientiert. Natürlich hatte sich auch die Opposition der Koalitionsregierung in Basel eingefunden, wie denn überhaupt das Verhältnis zwischen Opposition und Regierung in Baden ein sehr gutes ist. So erkannte man unter den Abgeordneten Professor Weber, Mittelschullehrer in Baden-Baden, den Führer der Deutschen Volkspartei. An der Spitze des Landbundes, der Partei der Agrarier, steht der Abgeordnete Kläiber, Sprecher der deutsch-nationalen Partei ist der bekannte Karlsruher Kirchenrat Mayer, Vorsitzender der kommunistischen Gruppe ist Metallarbeiter Ritter in Mannheim.

Baden hat das Frauenstimmrecht eingeführt, und so waren auch weibliche Abgeordnete nach Basel gefahren. Unter diesen seien besonders erwähnt die Zentrumsabgeordnete Generte (Konstanz), die Schwester von Prof. Dr. F. Weberle in Basel, die Abgeordnete Richter, eine stattliche sympathische Dame, sowie die Zentrumsabgeordnete Siebert, die namentlich durch ihre karitative Tätigkeit weit über das Land Baden hinaus bekannt ist.

Einreise, Durchreise und Aufenthalt im besetzten Gebiet

In letzter Zeit mehren sich die durch die französischen Besatzungsbehörden erfolgenden Festnahmen und Bestrafungen solcher Personen im besetzten Offenburger-Keßler-Gebiet, die sich daselbst ohne die vorgeschriebenen Ausweise aufhalten. Deshalb wird erneut auf folgende Vorschriften hingewiesen:

1. Die im besetzten Gebiet wohnhaften Personen müssen im Besitze eines Personalausweises mit Angabe des Wohnortes sein.
2. Die in den an das besetzte Gebiet angrenzenden Bezirken wohnhaften Personen haben für die Einreise in das besetzte Gebiet einen den Wohnort enthaltenden Personalausweis bei sich zu führen, der außerdem den Stempel „Zone frontalière“ trägt. Dieser Stempel wird für das besetzte Gebiet von Keßler-Offenburg von den Delegierten der Interalliierten Rheinlandkommission in Keßler ausgestellt.
3. Die im übrigen unbesetzten Gebiet wohnhaften Personen müssen für die Einreise in das besetzte Gebiet im Besitze eines Personalausweises mit Angabe des Wohnortes sowie eines Geleitscheines sein, der für das besetzte Gebiet von Keßler-Offenburg von dem Delegierten in Keßler ausgestellt wird.

Zur Durchreise durch das besetzte Gebiet auf der Bahnstrecke Offenburger-Appenweier ist ein Geleitschein nicht erforderlich. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Falle das Verlassen der im besetzten Gebiete liegenden Bahnhöfe Befragung durch die Besatzungsbehörden zur Folge haben kann. Die Mitnahme eines deutschen Ausweispapiers empfiehlt sich auch für die Durchreise durch besetztes Gebiet, damit der Reisende jederzeit in der Lage ist, sich über seine Person auszuweisen.

Von der schweizerisch-badischen Kommission zur Prüfung der Wasserrechtskonzeption

Die schweizerische Delegation hat die Wasserrechtskonzeptionen am Oberrhein und die wirtschaftlichen Verleihungsbedingungen durchberaten und den Text von drei Konzeptionsentwürfen festgelegt. Für die Bewilligung des Höhenstaues der Kraftwerke Augst-Byhlen und Laufenburg wurden der Kommission neue Vorschläge gemacht.

Die Unruhen im Wiesen- und Rheintal vor Gericht

Am 18. Februar werden sich eine Reihe Angeklagter aus den Septemberunruhen im Wiesen- und Rheintal vor dem Badshuter Gericht zu verantworten haben. Auch für den 21. Februar ist ein weiterer Termin vorgesehen. Angeklagt sind 13 Personen und zwar wegen Landfriedensbruchs und Freiheitsberaubung.

Aus der Landeshauptstadt

2. Vortrag des Experimentalpsychologen Simon. In seinem zweiten Vortrag am Freitagabend im Eintrachtssaal behandelte Herr Alfons Simon in der Hauptsache die sog. okkultistischen Probleme. Auch diesen Experimentalvortrag, bei dem er nahezu vier Stunden die Zuhörerschaft ausgezeichnet unterhielt und vor allem auch belehrte, mußte Herr Simon so festend zu gestalten, daß wohl niemand die Zeit lang wurde. Wir hörten nicht einen eigentlichen Wissenschaftler, was schon aus den Verdeutschungsversuchen der verschiedenen Fachausdrücke hervorging, aber einen ausgezeichneten und erfahrenen Praktiker, dem das Verdienst ohne weiteres zuzubilligen ist, in wirksamer und dankenswerter Weise dazu beizutragen, daß manches Unheil, das der Okkultismus in unserer so nervösen Zeit anzurichten in der Lage ist, verhindert wird. Die Ausführungen waren größtenteils sehr einleuchtend und noch mehr die vorgeführten Experimente. Bekanntlich ist lange nicht alles, was uns auf diesem Gebiete entgegentritt, zu erklären und es mag etwas hochgegriffen erscheinen, wenn der Vortragende neun Zehntel der okkulten Erscheinungen auf Suggestion und Autosuggestion zurückführt. Immerhin aber wurde z. B. derjenige, der bisher die bekannten Erklärungen des „Tischrüdens“ gelesen hat, durch die vorgeführten Experimente überzeugt, daß tatsächlich hier in der Hauptsache Suggestion und Unterbewußtsein wirken. Herr Simon führte das Tischrücken auf vollbeleuchtetem Podium mit einer Anzahl aus dem Publikum herausgesuchter Personen vor, die er erst hernach belehrte, wie sie sich selbst getäuscht hatten und durch seine Suggestion getäuscht worden waren. Durchaus plausibel war, jedenfalls, wie der Vortragende die Bewegungen des Tisches und die von den „Geistern“ bei diesem Experiment gegebenen Antworten erklärte. Aus seinen reichen Erfahrungen teilte er Trauriges und Ernstes, aber auch Humorvolles mit, und man hatte überall den Eindruck, einen Mann zu hören, der tatsächlich mit absoluter Ehrlichkeit und unter Vermeidung alles Phantastischen diesen Fragen zu Leibe geht. Den Schluß bildete die Vorführung und Erklärung von „Geisterschreibungen“, d. h. optischer Täuschungen und Lichtbildern über die bekannten Materialisationen, die tatsächlich kaum davon überzeugen, daß diese Erscheinungen das Werk von Geistern sein müßten.

Das heutige Argentinien. Argentinien ist wohl heute das Land, das für eine Auswanderung am meisten in Betracht kommt, weil es auf eine Einwanderung gewissermaßen direkt angewiesen ist. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie Klima, Kolonisation und das Deutschstum des Landes wird am 21. Februar, abends 8 Uhr, in der kleinen Festhalle Herr Karl Raupisch aus Hamburg sprechen. Der Redner wird auch auf die Auswanderungsfrage ausführlich eingehen und seinen Zuhörern im 2. Teil des Vortrages über 225 wunderbare Aufnahmen von einer Reise von Hamburg, durch Südrussland, Argentinien (Buenos Aires, Chile nach dem Feuerland und Cap Horn) zeigen. Vorverkauf bei Kurt Reufeldt, Waldstraße 30.

Dr. Ludwig Wüllner, Deutschlands größter Vortragsmeister, wird nach mehrjähriger Abwesenheit wieder in Karlsruhe einen Rezitationsabend geben und zwar Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Eintrachtsaal. Es ist dies eine Unternehmung der Konzertdirektion Kurt Neufeldt.

Zum Karlsruhe Adreßbuch wird soeben ein ausführlicher Nachtrag 1923/24 ausgegeben, bearbeitet nach dem neuesten Stande. Als Ergänzung des Adreßbuchs 1923 bringt er in Abteilung III die Änderungen und Zugänge von Einwohnern und Firmen seit der Zusammenstellung des Adreßbuchs 1923, sowie in Klammern gesetzt die Streichungen (Wegzüge, Todesfälle, erloschene Firmen usw.). Abteilung IV enthält die Veränderungen von Hauseigentümern, sowie neue Häuser und Straßen. Abteilung V umfaßt ein vollständiges Verzeichnis der Handel- und Gewerbetreibenden. In Abteilung II sind vollständige Verzeichnisse der Behörden und des Sanitätspersonals eingereiht, ferner von den Schulen, Wohlfahrtsvereinen, Vereinen, Zeitungen und Kassen die Änderungen und Neuaufnahmen. Als Abteilung I sind Abschnitte beigegeben über die Post- und Fernsprech-Gebühren und -Bestimmungen, den Postcheck- und Überweisungsverkehr, die Gepäc- und Expressaufbewahrungsbedingungen, ein illustrierter Beitrag über das Bad. Landesstheater nebst Plan und Preisen, ebenso Plan und Preise vom Stadt. Konzerthaus. Der Adreßbuch-Nachtrag folgt bei einem Umfang von 268 Seiten nur 3.- Mark; Adreßbuch 1923 und Nachtrag zusammen 6.- Mark. Erhältlich im Verlag Karl Friedrichstraße 14.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 15. Febr. Anlässlich des Ausscheidens von Stadtschulrat Dr. Sidingen aus dem städtischen Schuldienst fand gestern nachmittags bei Zusammenritt des Stadtrates eine intime Feier statt, zu der auch der Schulausschuss eingeladen war. Der Oberbürgermeister richtete in längerer, inhaltreicher Rede alle jene Vorzüge des scheidenden Schulmannes und überreichte ihm eine künstlerisch ausgestattete Dankadresse der Stadt. — Stadtschulrat Dr. Sidingen ging in herzlichen Dankworten auf seine 23jährige Tätigkeit in Mannheim kurz ein und bat die Stadt, für die Aufrechterhaltung der Volksschule auf dem obernährigen Stand mit allen Mitteln einzutreten zu wollen. Der Stadtrat hat beschlossen, als Zeichen der Anerkennung und dauernden Würdigung der Verdienste Dr. Sidingens um das Schulwesen die R 2-Schule in Sidingen-Schule umzubenennen.

DZ. Heidelberg, 14. Febr. Erfreuliche Stiftungen für das Samariterhaus in Heidelberg haben es ermöglicht, daß die für den 1. April geplante Schließung vorläufig nicht zur Durchführung kommt. In den letzten Monaten sind aus zahlreichen Orten Deutschlands und auch aus dem Auslande namhafte Gelder eingegangen.

DZ. Säckingen, 14. Febr. Im Alter von 49 Jahren ist gestern morgen der Verleger des „Säckinger Volksblattes“, Herr Oskar Strat, an den Folgen eines schweren Halsleidens, an dem er schon seit mehreren Jahren litt, gestorben. Der Verstorbene ist der Schwiegervater des Parteisekretärs der Zentrumspartei, Hgs, der gegenwärtig auch Geschäftsführer des Verlages des „Säckinger Volksblattes“ ist.

DZ. Tübingen, 15. Febr. Hier wurde ein Stuttgarter am Bahnhof festgenommen, der beim Rennen auf dem Feldberg

die Club-Kasse aus dem Rennbüro gestohlen hatte. Der Raub von circa 1000 Mark konnte ihm wieder abgenommen werden. **DZ. Friedrichshafen, 15. Febr.** Das Luftschiff Z. S. 3 ist nunmehr fertiggestellt. Flugversuche werden in der nächsten Zeit unternommen werden. Das Luftschiff besitzt 5 Motore zu 400 Pferdekraften und mißt 200 Meter in der Länge, 31 Meter in der Höhe und 27,64 Meter in der Breite. Es faßt insgesamt 70.000 Kubikmeter Gas. Das Luftschiff Z. S. 3 ist das größte der Welt und ist für Amerika bestimmt.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	16. Februar		15. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 568 070	1 575 930*	1 571 063	1 578 937*
Kopenhagen	662 340	665 663*	664 335	667 665*
Italien	184 538	185 462*	184 538	185 462*
London	18 054 500	18 145 250*	18 054 500	18 145 250*
Newyork	4 189 500	4 210 500*	4 189 500	4 210 500*
Paris	187 530	188 470*	189 525	190 475*
Schweiz	730 170	733 830*	730 170	733 830*
Bras	121 695	122 305*	121 695	122 305*
Wien (100 Kronen)	59 351	59 649**	59 351	59 649**

* Die kleine Ziffer bedeutet die Bestellung in Prozent

Die Störungen der deutschen Währung dauern noch an. Am Freitag wurden, der „Frankf. Ztg.“ zufolge aus dem besetzten Gebiete Kurse gemeldet, die zeitweise einer härteren Überbewertung des Pfund Sterling gegenüber der deutschen Mark entsprachen. Die Ursachen sind schwierig zu erkennen. Das Blatt hofft, daß maßgebende Kreise der deutschen Wirtschaft im besetzten Gebiet in seiner Weise an einer „schwarzen“ Devisenbeschaffung beteiligt sind und daß auch im Rheinlande das Verantwortungsgefühl und das Bewußtsein, wie schwer die Gefahr jeder erneuten Währungsbeunruhigung für die gesamte deutsche Wirtschaft ist, vorherrschend bleiben. Die Lage, wie sie jetzt besteht, fordert dringend, daß endlich die deutsche Devisengesetzgebung über das gesamte besetzte Gebiet hin praktisch voll wirksam wird. Die Experten-Kommission, die ihre Berliner Arbeiten abgeschlossen hat, scheint erkannt zu haben, daß die Erhaltung der deutschen Währungs-Stabilität die erste Voraussetzung für jede weitere Maßregel zur Befriedung der deutschen Wirtschaft und zur Wiederherstellung der deutschen Leistungsfähigkeit ist. Daraus sollte sich von selbst der logische Schluß ergeben, daß der Wirkungsbereich der Maßregeln, die der Erhaltung dieser Währungsstabilität dienen, nicht an den Grenzen des besetzten Gebietes Halt machen muß.

Badischer Handel. Der Geschäftsabschluss der deutschen Nährflodwerke A.G. in Breisach für Ende 1923 weist einen Reingewinn von 1,29 Mill. Mark auf (im Vorjahre 800 988 Mark Verlust). Im Aufsichtsrat sind auch verschiedene Änderungen vorgenommen worden.

Badische Naturweinsteigerung. Der Verein Badischer Naturweinsteiger (im Verband Deutscher Naturweinsteiger) brachte am 11. Februar 1924 in Karlsruhe gegen

500 Hektoliter naturreine badische Weine der Jahrgänge 1922 und 1921 zum Ausgebot. Von den Mitgliedern beteiligten sich an der Versteigerung Freiherr von Neuen-Durbach, Domänen-Kellerei Neuenburg, Badische Landwirtschaftskammer-Karlsruhe, Altbürgermeister Günter-Lausen, H. Freiherr von Brandenstein-Offenburg, Vermögensverwaltung Prinz Max von Baden-Karlsruhe und Staatliche Landwirtschaftliche Versuchsanstalt-Augustenberg. Die Versteigerung war sehr gut besucht, und es wurden fast sämtlichen Nummern der Zuschlag erteilt.

Es ergiebt sich für ein Hektoliter 1922er Bergwein: Durbacher und Gaisbacher 78 bis 81 Mark; Edelwein und Gaisbacher: Neuenburger 80 bis 92, Blantenhornberger 85 bis 90, Laufener 100 bis 141 Mark; Weißherbst: Neuenburger 88 bis 77, Diersburger 84 bis 91, Oberkircher 101, Keller 78 bis 76, Durbacher 100 bis 117, Waldulmer 100, Schloß Staufenberger 112 bis 123, Blantenhornberger 212 bis 221 Mark; Riesling: Waldulmer 120, Durlach-Talheimer 130 bis 141, Blantenhornberger 200 Mark; Müller: Schloß Staufenberger 202 bis 212, Oberkircher 157, Waldulmer 140, Blantenhornberger 180, Durbacher 241 Mark; Traminer (Clevner): Blantenhornberger 302 bis 332 (Schichtgebot), Schloß Staufenberger 240 bis 280, Ortenberger 174, 176 Mark; 1921er Blantenhornberger 4,25 bis 4,60 Mark je Flasche; Blantenhornberger 7,30 bis 13,10 Mark (Schichtgebot); Rotweine 1922er Blantenhornberger 111 bis 135 je Hektoliter, Waldulmer 123 bis 129 Mark; 1921er Neuenburger 6 bis 7,30 Mark je Flasche.

Verschiedenes

Die klagenden Ziffern

Die „Frankf. Ztg.“ berichtet über einen in Berlin veranstalteten Lichtbildervortrag, zu dem die „Internationale Arbeiterhilfe“, Presse und Repräsentanten der Öffentlichkeit geladen hatte: „Man erfährt, daß die Bundesbeschäftigten in Deutschland im letzten Jahr um 100 Prozent zugenommen haben; daß ein invalider Arbeiter ohne Pein im Monat 90 M. Rente erhält; daß in einem Hamburger Rotort von 1800 schulpflichtigen Knaben tausendfünfzig tuberkulös sind; daß in einer Stadt Sachsens von 162 Knaben zwei Drittel Strohlose haben; daß in Wiesbaden 50 Prozent der Ärzte Unterführungen beziehen müssen; daß also in diesem Lande der Kranken auch die Ärzte zugrunde gehen und daß die Seilenden Patienten werden und die Helfer hilflos und die Retter rettungsbedürftig. Aber man hörte auch, daß die Arbeiter Hollands 11 000 Lebensmittelpakete und 20 000 Dollars schickten; sie nahmen 400 deutsche Kinder auf und bildeten 40 Ortskomitees; die belgischen Arbeiter wollten 100 deutsche Kinder aufnehmen — die Regierung verbot die Einreise; Frankreichs Arbeiter schickten 120 000 Franken; die der Schweiz 70 000 Franken; und in Südafrika, in Argentinien, in Australien, in China sammeln die Armen für Deutschlands Arme. Es ist eine große Einheitsfront der Armut vorhanden. Allerdings meldet der „Vorwärts“, daß diese Internationale Arbeiterhilfe, an deren Spitze der Berliner Kommunist Münzberg steht, eine schlaue politisch-taktische Anlegenheit der Kommunisten ist. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Jedenfalls: Der Film bleibt dennoch überzeugend. Denn der politische Endzweck entweicht nicht die gegenständlichen Mittel.“

Erstklassener Bauingenieur (höherer Beamter u. d.)
übernimmt Bearbeitung und Begutachtung von
Bebauungsplänen u. Verkehrsanlagen
für Gemeinden und Private
Anfragen unter D. 107 an die Expedition der
Karlsruher Zeitung erbeten.

Badisches Landestheater.
Sonntag, 17. Febr. 6 b. g. 1/10 Uhr. Sp. I 7.20 M.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6001-6100 und 7101-7300.
Tannhäuser u. der Sängerkrieg auf Wartburg
Eisabeth Bergmann vom Deutschen Nationaltheater Weimar a. B.

Konzerthaus Karlsruhe.
Sonntag, 17. Febr. 7-1/10 Uhr. Park. I 3.-M.
Zum ersten Male: **Der Mustergatte.**
Schwank in 3 Aufzügen von Avery Hopwood.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von B. Pogson.

Mittwoch, 20. Febr., 8 Uhr, Eintracht
Einziges Vortragsabend
Ludwig Wüllner

Goethe — Schiller — Gottfried Keller
Karten zu 4.—, 3.—, 2.50 u. 1.50 einschließlich
Steuer (für Studierende und Schüler um die Hälfte
ermäßigt) bei

Kurt Neufeldt.
Donn., 21. Febr., 8 Uhr, kl. Festhalle
Populärer Lichtbilder-Vortrag
von **Karl Kaupisch - Hamburg**

„Nach Südamerika“
1. Teil: Argentinien von heute.
2. Teil: Von Hamburg bis Buenos-Aires.
Eine Reise mit einem deutschen Schnelldampfer.
230 erstklassige Lichtbilder.
Karten zu 2.50, 2.— und 1.50 einschließlich
Steuer bei

Kurt Neufeldt.
Zwei Konzerte
Freitag, 22. Februar, 8 Uhr, Kleine Festhalle
Samstag, 23. Februar, 8 Uhr, Kleine Festhalle

Balalaika-Orchester
Dirigent: **Georg Wassiljoff.**
Tänze: Ivan Orlik
und zwei Partnerinnen.
Karten zu 5.—, 4.— und 3.— einschl. Steuer bei
Kurt Neufeldt.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe i. B. Karlsruherstr. 14
Modern eingerichtete
leistungsfähige Buchdruckerei
Herstellung von Werken
Zeitschriften und
Drucksachen
jeder Art
Schnelle und sorgfältige Ausführung

Ruhrkohlen
Koks □ Briketts □ Brennholz
Anthrazitkohlen von Kohlscheid
vorzügliche deutsche Marke
empfiehlt
A. v. Steffelin
Kontor: Baumeisterstraße 48
— Fernsprecher 61 u. 261 — D. 91

Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen an Sonn- und Festtagen.
Die bezirkspolizeiliche Vorschrift obigen Betreffs vom 1. September 1923 ist unterm 9. Februar 1924 dahin geändert worden, daß Ausnahmen von dem Sonn- und Festtagsfahrverbot nur noch festgesetzt sind für Ärzte, Tierärzte, Geistliche, Beamte des Landes und des Reichs und Stredenaufsichtsbeamte von Oberland-zentralen für dringende Dienstfahrten, sowie für notwendige Transporte von Schwerveranken und Verletzten.
Die bezirkspolizeiliche Vorschrift kann auf dem Bezirksamts, Zimmer 55, eingesehen werden.
Karlsruhe, den 9. Februar 1924. D. 3. 13
Bezirksamt Abt. 11.

Badische Lichtspiele
Samstag, den 16. und Montag, den 18. Februar,
8 Uhr abends
Tiefen der Seele
Der Film vom Unbewußten
Hypnose — Suggestion
im Lichte moderner Wissenschaft mit
Vortrag des Herrn Dr. Calbus, Berlin
Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt
verboten
Preise: Mark 1.—, 1.20, 1.50
Vorverkauf **Musikhaus Müller**, Kaisersstraße
Konzerthaus geholt.

Achtung! Biete guten Verdienst durch Verg. meines Damenbedarfsartikels „D.R.P.“ in **GENERALVERTRETUNG** für Karlsruhe m. Umg. u. a. Städte. Konkurrenzlos! Für Muster bitte ich 1 Gm. gleich Anfr. beizulegen **F. Blauhuth**, Leipzig, Promenadenstr. 30

Erwerbslosenfürsorge
Impressen:
Zahlungslisten
Meldungsbogen
Kontrollkarten
Anweisungen
Erhältlich bei
Verlag G. Braun G. m. b. H.
in Karlsruhe, Karlsruherstr. 14

Wohnungsaufsch
Zu miete 4 Zimmerwohnung mit Wdchz., Ofenheizung, Gas, Elektrisch in Karlsruhe gegen gleiche oder ger. in anderem Ort.
Anfragen unter D 114 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Metallbetten
Stahlnatur, Kinderbett, direkt an Private, Kata og 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)
Nadelstammholz-Verkauf
Staatl. Forstamt Wipfelfeld verkauft freihändig 860 Hektar forstliche Abschnitte I.—III. Klasse aus den Abt. 34, 36 und 37 der Unteren Lufthardt. Losverzeichnisse durch das Forstamt gegen Einzahlung von 1 Mark. Geboten in Prozenten der Grundpreise XII. 23 sind bis 28. Februar d. J. einzureichen. Höfster Mod in Kronau zeigt das Holz vor. B. 486

Rußholzperforierung
des Bad. Forstamts Pforzheim für Kleinhandwerker und Selbstverbraucher am Montag, den 3. März d. J., früh 10 Uhr beginnend, auf dem Seehaufe im Sagenstich aus dem Staatswald Sagenstich: etwa 170 Rothbuchen, 120 Eichen (IV.—VI Klasse), 1 Ahorn, 1 Esbäre, 1 Erle, 7 Birken, 180 Fichten und Tannen, 80 Fichten, 1 Lärche, 3 eichene Wagnerstangen, 90 Ster Buchenes, 1 Ster eichenes und 4 Ster lannenesRuschstichholz. Händler sind von der Steigerung ausgeschlossen. Zugelassen nur solche Kaufliebhaber, die ihren Bedarf, bei Handwerker durch eine Bescheinigung der Handwerksorganisation oder bei Selbstverbraucher durch eine solche des Bürgermeistersamts vor der Versteigerung dem Forstamte nachweisen. Nähere Auskunft und Listenauszug durch das Forstamt.